

Tom Koenigs, MdB von Bündnis90/Die Grünen, wurde zum Beauftragten der Bundesregierung für die Koordinierung der deutschen Nachkonflikt-Hilfe für Kolumbien ernannt. Das Magazin EL ESPECTADOR führte mit ihm bei einem Besuch in Bogotá ein Interview:

Tom Koenigs: „Die Verhandlungen mit der FARC müssen jetzt zum Abschluss kommen“

(11.7.2015)

Der Politiker der Linken und Verteidiger der Menschenrechte sagt, die Zeiten der Guerrillas seien vorüber und versichert, ein essentieller Schritt, um den Krieg zu überwinden, sei die Rücksichtnahme auf die Opfer.

Tom Koenigs, Beauftragter Deutschlands für den Friedensprozess, besuchte diese Woche das Departement Nord-Santander zur Anhörung der Aussagen ziviler Opfer des Konflikts, bevor er nach Deutschland zurückreiste. Es war seine erste Reise in unser Land, bei der er die soziale Lage erkunden wollte, die sich um die Dialoge mit der FARC herum entwickelt hat. Koenigs war Repräsentant der UN in Afghanistan, Guatemala und Kosovo und bereiste Lateinamerika an der Seite des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Im April dieses Jahres wurde er zum Beauftragten für den Friedensprozess ernannt und traf seitdem mit zahlreichen Bürgern und Repräsentanten in Konfliktgebieten Kolumbiens zusammen, darunter mit dem Team eines der Unterhändler in Havanna, Sergio Jaramillo.

Frage:

Deutschlands Unterstützung des Friedens in Kolumbien ist bekannt, aber das Land hat mehr Erfahrung der Annäherung an den ELN als an die FARC. Was ist zu tun, damit diese beiden Gruppierungen an einem Verhandlungstisch zu sitzen kommen?

Antwort:

Im Augenblick gibt es nach meinen Eindrücken schwierige, aber erfolgreiche Verhandlungen mit der FARC. Später kann es weitere Abkommen geben, die jedoch in ihrer Form nicht anders sein können. Die jetzigen Verhandlungen bestimmen nicht nur den Ton, sondern den Inhalt der Vereinbarungen, was eine positive Chance darstellt, dass weitere Gruppen sich demobilisieren. Ich kenne weder Leute der einen noch der anderen Gruppierung. Ich komme gerade zurück aus Cúcuta (Hauptstadt von Nord-Santander, A.d.Ü.), wo alle existierenden bewaffneten Gruppen aktiv sind. Und dort stellte ich in der Art der Aktionen von FARC und ELN keine relevanten Unterschiede fest. Ebenso gibt es eine gewisse Einbindung in die Gesellschaft, aber es gibt keine Guerrillagruppe, die bis heute die armen Bauern und die marginalen Gesellschaftsschichten repräsentiert, woraus ich nach meiner ersten Reise in dieser Funktion schließe, dass die Zeiten der Guerrillas und der Diktatoren vorbei ist.

F:

Wie sehen Sie den Prozess der Entschädigung von Opfern?

A:

Es ist das erste Mal, dass in Verhandlungen wie diesen eine offene und starke Beteiligung der Opfer stattfindet. Es gibt aber Gruppen von Opfern, die nicht ausreichend erwähnt werden: Zum Beispiel die Kinder oder die Opfer von Landminen. Die Zusammenarbeit mit Opfervereinigungen ist entscheidend. Es ist ein neues Element. Und in diesen Vereinbarungen, die hoffentlich zustande kommen werden, gibt es noch etwas Neues: Diese Verhandlungen werden geführt unter Einschluss strafrechtlicher Gesichtspunkte gemäß dem Statut von Rom, was Anlass gibt zu bedenken, so auch in

anderen Aussöhnungsprozessen zu verfahren, sei es in Lateinamerika oder Afrika oder mit dem ELN, und zwar nicht nur hinsichtlich der Guerrilla, sondern auch der anderen Seite. Man darf nicht vergessen, dass es Verbrechen gibt, die in Havanna gar nicht angesprochen werden, die aber einer Lösung bedürfen, z.B. die die vom Militär Ermordeten, die als getötete Guerrilleros ausgegeben wurden. Und somit stehen wir erst am Anfang, denn es gibt viele Fälle, viele Opfer.

F:

Meinen Sie, die obersten Führer der FARC sollten ins Gefängnis müssen?

A:

Was sein muss, vor allem angesichts des Statuts von Rom, aber auch um den Opfern gerecht zu werden, ist, dass zumindest die Oberkommandeure nach einen entsprechenden Prozess einem Urteil unterworfen werden müssen, einem Urteil, das abschließend die Schuld feststellt. Viele Leute sagen mir: „Ich kann nicht verzeihen, wenn ich nicht weiß wem“. Die Vorgehensweise ist eine Sache, die Verurteilung eine andere. Der Vizestaatsanwalt hat es so ausgedrückt: „Es ist die kolumbianische Justiz, die zählt“. Die Strafen, Sie haben gesagt Gefängnis, oder alternative Strafen, muss man definieren. Man muss sie so definieren, dass sie das „Nie wieder“ garantieren. Und ich stelle fest, dass es einige gibt, die nach der Demobilisierung der Paramilitärs im Gefängnis sitzen, und nicht in einer Form behandelt werden, die eine Wiederholung ausschließt. Das Wegschließen von Leuten ist nicht ausreichend für ihre Resozialisierung.

F:

Kürzlich begann der Plan zur Minenbeseitigung, der in Deutschland viel Beachtung findet. Was meinen Sie dazu?

A:

Es freut mich, dass die Minenbeseitigung in El Orejón (Departement Antioquia) begonnen hat. Man muss dieses Problem angehen, wozu es verschiedene Voraussetzungen gibt. Zum einen, das ist das Allerwichtigste, dürfen keine neuen Minen gelegt werden. Zum anderen, dass man diejenigen in die Verantwortung nimmt, die die Minen gelegt haben oder die wissen, wo sie liegen. Und drittens ist wichtig, dass man zu einer Vereinbarung über eine humanitäre Beseitigung kommt, was bedeutet, dass es sich um eine zivile Operation handeln muss. Zwar gibt es auch die militärische Beseitigung, aber fundamental ist, dass es eine zivile Operation sein muss. Denn man stelle sich vor, dass in eine Gegend, die schwer unter dem Krieg gelitten hat, plötzlich eine Truppe kommt, die Minen beseitigen will. Das führt nicht zum Frieden. Es muss eine zivile Operation sein und es gibt Organisationen, die solche mit guten Erfolg durchführen. Das weiß ich aus meiner zweijährigen Arbeit in Afghanistan.

F:

Was kann Kolumbien aus der Arbeit in Afghanistan lernen, einem der am dichtesten verminten Länder?

A:

Man kann daran sehen, dass Minenbeseitigung eine humanitäre, zivile Aufgabe ist. Außerdem ist zu erkennen, dass es möglich ist, einer Firma oder Organisation beizubringen, wie man dabei verfährt. Als ich in Afghanistan arbeitete, hatten sich 10.000 Personen an der Minenbeseitigung beteiligt. Nur zwei davon verloren wir: Eine Person bei einem Verkehrsunfall und eine zweite durch eine Mine. Man kann es machen und dabei lernen. Aber man muss wissen, dass Minen eine Plage mit

langfristigen Wirkungen sind. Die Opfer werden nicht nur Militärpersonen, sondern auch Zivilisten sein, und noch für besonders lange Zeit die Kinder.

F:

Wie kann Kolumbien sich wappnen gegen ein mögliches Wiederaufflackern der Gewalt?

A:

Ein Prozess der Aussöhnung dauert lange, und wenn man auf die Prozesse schaut, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs in Deutschland abliefen, oder vor 25 Jahren bei der Wiedervereinigung unseres Landes, dann muss man sich der Wahrheit stellen und sich den Opfern widmen: Wiederherstellung ihrer Würde, Wiedergutmachung und Strafverfolgung der obersten Verantwortlichen. Zur Versöhnung gehört auch die soziale Wiedereingliederung derjenigen, die früher gewalttätig waren; das ist eine Sache auf lange Sicht. Man darf nicht erwarten, das könne man in zwei oder drei Jahren schaffen. Aber das heißt auch, wir müssen jetzt damit anfangen, und für die Verhandlungen in Havanna heißt das, dass sie zu einem Abkommen in Würde führen müssen, wozu auch die Wahrung der Würde am Verhandlungstisch gehört. Und in den letzten Monaten ist die Sprache verwahrlost. Einige der Akteure werden Ratten oder Kakerlaken genannt. Das ist eine degenerierte Sprache, die nicht zu Aussöhnung oder Konsensbildung führt.

F:

Sie sagen, es ist ein langer Prozess. Ist es dann richtig, für die Beendigung des Friedensprozesses ein Datum festzulegen?

A:

Wenn Sie mich fragen, wann die Verhandlungen in Havanna beendet werden sollen, dann antworte ich, sie sollten jetzt gleich abgeschlossen werden. Aber es muss eine rechtsverbindliche Vereinbarung dabei herauskommen, denn wir haben schon Friedensprozesse gesehen, die mit sehr schönen Abkommen endeten, jedoch ohne Umsetzung; daher ist die Herausbildung eines politischen Willens zur Umsetzung wichtig. Ich rufe die Politiker auf, sich dem Friedensprozess anzuschließen, denn alle werden gebraucht: Der Präsident, der Prokurator, der Friedenskommissar und der Expräsident, damit sie alle verschiedenen Bevölkerungsschichten repräsentieren. Der Frieden wird möglich durch die Integration aller politischen Strömungen in den Prozess. Eine solche Dynamik müssen wir auslösen, und ich glaube, die öffentliche Diskussion, die derzeit stattfindet, ist gut. Es herrscht großes Befremden über die Attentate der FARC auf die Umwelt und über die wachsende Zahl an Gefallenen bei FARC und Heer. Die Garantiestaaten in Havanna (Norwegen, Kuba, Chile und Venezuela) haben einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht. Man muss sich vor Augen führen, dass diese Staaten, die fast nichts miteinander gemein haben, machen einen solchen Aufruf, um so zur Deeskalation des Konflikts beizutragen. Und es hatte Erfolg: Das erste Resultat ist die Feuereinstellung (Der FARC, einseitig, A.d.Ü.), die für den 20. Juli angekündigt wurde. Das ist sehr symbolhaft. Ich kam gerade aus Cúcuta zurück und habe mich mit Kleinbauern in Las Mercedes getroffen. Für sie bedeutet eine Feuereinstellung durchaus etwas. Die Drohungen nehmen ab, die Schusswechsel nehmen ab und auch die Bombardierungen. Diese Ankündigung ist eine Antwort wert, hoffentlich in Form einer entsprechenden Ankündigung der anderen Seite.

F:

Beeinträchtigen die kürzlichen Angriffe auf Infrastruktur und Umwelt den Friedensprozess?

A:

Sie beeinträchtigen den Prozess und noch mehr. Als Politiker einer Umweltpartei bedaure ich dieses Vorgehen sehr, denn es richtet sich ausschließlich gegen die örtliche Bevölkerung, und die ist arm. Im günstigsten Fall werden wir in Havanna bald ein Abkommen erreichen. Am nächsten Tag werden sich die Kämpfer der FARC in Zivilisten verwandeln und am politischen Leben teilnehmen wollen. Die Linken tauschen die Patronen gegen die Worte und haben ihre Ziele im Parlament. Man stelle sich vor, ein Mitglied der FARC würde in Tumaco kandidieren. Der bekommt dort noch nicht einmal die Stimme seiner Mutter! Aber man muss politisch denken. Die frühere Guerrilla in El Salvador feierte nach 10 Jahren große politische Erfolge. Welchen Erfolg wird die FARC hier haben? Ich weiß es nicht. Kolumbien wird nicht in fünf oder zehn Jahren von der FARC dominiert sein. Aber die Politiker der FARC werden ein Projekt vorschlagen, werden Druck machen und opponieren, in Interesse einer Agrarreform. Daher muss der Frieden das gesamte Territorium umfassen.

F:

Wozu wird die Eingliederung der FARC künftig noch dienen?

A:

Das weiß ich nicht, aber die FARC hat ihre Ursprünge in der Marginalisierung des ländlichen Raumes und in einer ungleichen Verteilung des Landbesitzes. Sie hat Ursprünge im Fehlen von Bildung, Gesundheitsdiensten und Möglichkeiten zur Entwicklung. All dies hat bis heute keine Lösung. Die Armut auf dem Land dauert an, medizinische Betreuung fehlt ebenso wie Methoden zur Steigerung der Produktion. Die Vertreibungen und die ungerechte Landverteilung dauern an. Und eine Regierung, die die Entwicklung des Landes konsolidieren will, muss sich um diese Teile der Bevölkerung kümmern.

F:

Welches Interesse hat Deutschland am Friedensprozess?

A:

Wir haben hier im Land keine eigenen Interessen. Es gibt einige Investoren, aber wir haben hier keine eigenen Interessen zu schützen. Wohl aber haben wir Interesse am Frieden, was wir an anderen Orten schon bewiesen haben, und zudem hat Kolumbien eine Beziehung zum deutschen Volk. Es ist auch unser Interesse, dass die letzte Guerrilla an ihr Ende kommt. Und es betrifft besonders meine Generation, die zu einer Zeit glaubte, die Option, der armen Landbevölkerung Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, sei die Guerrilla. So dachten wir in den 60er Jahren, als es viele Sympathisanten Ché Guevaras gab und Leute in T-shirts mit seinem Bild sehe ich noch immer. Aber das ist vorbei. Und wir müssen das in Würde abschließen. Diese Zeit ist vorüber. Hier in Kolumbien regiert ein Präsident, er noch zwei Amtsjahre vor sich hat und Frieden schaffen möchte. In Kuba regiert ein Präsident, der das alles durchlebt hat und der Frieden will. Die Zeiten der Guerrilla sind vorüber.

F:

In diesem Sinne wären ja auch die Tage des ELN gezählt. Was wird zu berücksichtigen sein für einen Dialog mit ihm?

A:

Mir wäre es recht, wenn sie sich dem Prozess in Havanna anschließen. Und alle, die Frieden wollen, müssen sie bitten, die Waffen niederzulegen. Wie wir in Cúcuta sehen können, geht es nicht nur um die FARC, sondern es gibt auch andere gewalttätige Akteure, die in der Tagesaktualität der Region ihr Gewicht haben und die sich deshalb dem Friedensprozess anschließen müssen. Jetzt ist die beste

Gelegenheit, sich einem politischen Kampf anzuschließen, ihrer Ziele wegen. Es geht ja nicht darum, den Kampf für die Rechte der Kleinbauern einzustellen, sondern darum, ihn mit anderen Mitteln zu führen. Sie behaupten, für die Rechte der Armen zu kämpfen: Man frage die Armen, was sie sich wünschen, man frage die Kleinbauern, ob sie Angst haben. Ich wünsche mir einen politischen Kampf, in dem niemand Angst haben muss.....

F:

Welche Unterschiede sehen Sie zwischen dem gegenwärtigen Prozess und dem von Caguán unter Präsident Pastrana?

A:

Die Ausgangspositionen sowohl der Regierung als auch der Guerrilla sind andere. Auf Regierungsseite repräsentiert man ein Land in stürmischer Entwicklung, und das Andauern des Konflikts würde diese Entwicklung hemmen, auch in den Städten. Aus der Sicht der Guerrilla verschwand der Widerspruch zwischen sozialistischem und kapitalistischem Block. Selbst auf der Insel (=Kuba, A.d.Ü.) hat man das jüngst erkannt. Die Erwartung, man könne mit Waffengewalt die Macht erobern, ist vorbei, und das ist der wichtigste Unterschied. Niemand kann mehr daran denken. Diese Illusion wurde durch die Globalisierung beseitigt. Die Geduld ist zu Ende. Wenn jemand 50 Jahre Krieg geführt und nicht gewonnen hat, dann hat er sich wahrscheinlich geirrt.

Nachtrag EL ESPECTADOR:

Tom Koenigs ist in Deutschland bekannt für seine politische Arbeit für die Partei Die Grünen/Bündnis90, die in Opposition steht zu Kanzlerin Angela Merkel. In einem Interview mit der Tageszeitung EL TIEMPO im Mai versicherte Koenigs: „Das Wichtige ist, dass wir in Deutschland alle für den Frieden in Kolumbien sind. Das ist kein Thema der Parteien oder der politischen Konjunktur, sondern ein weiteres Grundthema, das die gesamte Institutionalität Deutschlands einschließt bei der Unterstützung einer Sache“. Es war Außenminister Steinmeier von der SPD, dem Koalitionspartner Merkels, der vorschlug, Koenigs zum Beauftragten für den kolumbianischen Friedensprozess zu ernennen. Koenigs hat seinen Sitz im Parlament behalten.